

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

2. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 6. März 1926 Nummer 55

Rechnet mit den Fürsten ab!

Nehmt den Fürsten, was des Volkes ist!

Der morgige Sonntag muß zu einer wichtigen Demonstration gegen den geplanten Milliardenraub der Fürsten und gegen die monarchistische Reaktion gestattet werden.

Die Dresdner Arbeiterschaft demonstriert morgen früh 9 Uhr im Volkswohlfaal

gegen den schändlichen Raubzug auf die Taschen des werktätigen Volkes und gegen die Helfershelfer der Monarchisten. Durch Massenaufmarsch am morgigen Tage, durch Massenmobilisierung der Werk-tätigen zur Einzeichnung muß die Sabotage der Fürstentumrechte gebrochen werden.

Keinen Pfennig den Fürsten!

Arbeitskalender für die Durchführung des Volksbegehrens. 1. Vor jedem Eintragungstotal müssen häufig zwei Ge-nossen zur Kontrolle, Auskunst und Agitation stehen.

Ergebnisse der Einzeichnungen am dem ersten und zweiten Tag eine starke Beteiligung der ganzen Bevölkerung be-richtet. In Hamburg wurden am ersten Tag 7000, in Nürnberg 3000 Unterschriften abgegeben.

Wie Bismarck die Fürsten enteignete

Im Kriege des Jahres 1866 war der König von Hannover Bundesgenosse Österreichs. Die preußischen Siege von Langensalza und Königgrätz besiegelten den Verlust seiner Krone und seines Landes an den Hohenzollern.

Wie die politischen Leiter der Orts- und Zellengruppen! Die Einzeichnungstotalen müssen von der Partei kontrolliert werden, und allabendlich ist das Einzeichnungsergebnis bekanntzugeben.

Der Jürgens-Standal

Berlin, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Man scheint im Justizstandal im Fall Jürgens auf den höchsten Gipfel steigen zu wollen. Die Justizbehörden haben eine Erklärung herausgegeben, daß Jürgens unter der Wirkung der Haft und der fort-gesetzten Vernehmungen mit seinen Nerven völlig zusammengebrochen ist.

Furchtbare Explosionskatastrophe in Prag

Ein Munitionstransport in die Luft gelassen. 20 Tote und über Hundert Verwundete als Opfer der Krieger-rückzüge. Aus Prag wird berichtet, daß in der gestrigen Mittagsstunde eine furchtbare Explosionskatastrophe, wie sie sich noch nie im gleichen Umfang ereignet hat, erfolgte.

Einigung der Fürstentumrechte

Wie die „Böhmische Zeitung“ berichtet, wurde gestern bei den Verhandlungen der bürgerlichen Parteien, die unter Vorsitz des Reichstanzlers Dutcher geführt wurden, in der Fürstentumabfindungsfrage ein Kompromiß zustande gebracht.

Der erste Sieg

Am 4. März, dem ersten Tage der Eintragung für das Volksbegehren wurden in den 308 Berliner Wahllokalen rund 36 100 Stimmen abgegeben. Die stärkste Stimmenzahl entfiel auf den Verwaltungsbezirk Kreuzberg.

Die Tischerogasse liegt im Zentrum der Altstadt in der dicht-bewohnten Gegend und in der Nähe der belebtesten Verkehrs-kreuzung. Die Erdbevölkerung der Bevölkerung über die reichliche Gasse.

In einer Eingabe des Staatsministeriums an den König vom 2. März 1868 forderte Bismarck eine königliche Verordnung, durch die die Welfengüter beschlagnahmt wer-den. In dieser Denkschrift an Wilhelm I. heißt es zur Be-gründung, daß „durch einen Akt der Geheggebung das ge-samte Vermögen des Königs Georg V. für die Sicherheit des preußischen Staates, die Abwehr der nordherberitischen An-griffe und für alle Konsequenzen der staatsgefährlichen Un-ternehmungen dieses Fürsten und seiner Untertanen sowie für die dadurch dem preußischen Staat verursachten Kosten haften“ gemacht werden soll.

Wichtig ist, wie Bismarck diese Enteignung begrün-dete; nämlich mit der Notwendigkeit für die Sicherheit des Staates gegenüber den staatsgefährlichen Wühlerkreisen sprach er vollkommen offen darüber, daß für die Beschlagnahme der Welfengüter ebenso wie zuerst für den Vertrag nicht irgendwelche Rechtsgründe, sondern lediglich politische Gründe maßgebend gewesen wären.